Bielefeld, 20.10.2019

STADT BIELEFELD
Rat und Verwaltung
24. Okt. 2019

An den Bürgerausschuss
Frau Katrin Steinkötter
Niederwall 23
33602 Bielefeld

Anregung zur Bestellung einer/s Partizipationsbeauftragen für die Stadt Bielefeld

Sehr geehrte Damen und Herren,
gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen regen wir die Bestellung einer/s Partizipationsbeauftragten an.

In ihrem Koalitionsvertrag vom Februar 2015 haben sich SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Piraten und Bürgernähe auf eine „Stadt der Bürger und Bürgerbeteiligung" festgelegt. Dieses Vorhaben sollte für mehr Transparenz und eine stärkere Einbindung der Bürger und Bürgerinnen in Entscheidungsprozesse sorgen: Höchste Zeit, es auf den Weg zu bringen, weil die Parteien und ihre Abgeordneten an ihren Versprechungen gemessen werden wollen. Dieses innovative Projekt sollte im Jahr der Demokratie durch eine volle Stelle für Bürgerbeteiligung in der Stadt Bielefeld vorangetrieben werden, denn es umfasst z.B. folgende Aufgaben:

- Faire Bürgerbeteiligung setzt eine **Vorhaben-Liste** voraus. Diese Liste soll alle geplanten städtischen Projekte enthalten, die innerhalb von fünf Jahren mehr als 100.000 € kosten, außerdem Vorhaben, die das Stadtbild wesentlich verändern, städtebauliche Verträge, Wettbewerbe, etc..
- **Leitlinien für Bürgerbeteiligung,** wie bereits in anderen Städten entwickelt und im Einsatz, sollen mit Bürger*n abgestimmt und verabschiedet werden.
- Für alle Beteiligten sind **herkömmliche und digitale Informations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten** anzubieten, z.B. durch die kostenlose Software „Consul", in vielen Städten bereits im Einsatz.
- **Informelle Bürgerbeteiligungsverfahren müssen rechtzeitig eingesetzt werden,** um gute Ergebnisse zu erzielen.
- **Verfahren** der informellen Bürgerbeteiligung sind **Verwaltung und Bürgerschaft zeitnah zu vermitteln.**
- Verständlicherweise ist **institutionalisierte Bürgerbeteiligung ein nachhaltiges Projekt,** das Legislaturperioden-übergreifend angelegt wird, um Vertrauensschutz zu gewährleisten.

Wir bitten, zu dieser Anregung einen positiven Beschluss herbeizuführen, ohne „Koalitionszwang", um allen an Bürgerbeteiligung interessierten Ratsmitgliedern eine „unbefangene" Entscheidungsfindung zu ermöglichen.

Mit freundlichem Gruß (Unterschriftenliste folgt)